

Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg
Techn.-Zeitung  Witzblatt „ULK“
2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Wer ist die überste und die schnellste?

Neue Unruhen in Hamburg - Hitlers Prozess-Niederlage - Berliner Verwaltungs-Reform!

Bayerischer Vorstoss im Reichsrat

Verzögerung der Young-Plan-Verabschiedung / Bayerische Volkspartei unterstützt Zentrum

Das Zentrum hat dieser Tage, wie wir berichteten, vor der endgültigen Entscheidung über den Young Plan eine Klärung der Finanzlage verlangt. Diese Aktion ist von der Bayerischen Volkspartei, der anderen klerikalen Partei des Reichstages, jetzt unterstützt worden. Die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei hat in München mit den Mitgliedern der Reichstags- und bayerischen Landtagsfraktion in München eine Beratung abgehalten, in der man ebenfalls zu der Auffassung gelangte, dass „eine endgültige Stellungnahme zu dem Haager Abkommen so lange jedenfalls nicht möglich ist, als nicht festgestellt, welche Massnahmen zur Sanierung unserer deutschen Finanzwirtschaft geplant sind, und welche Gruppen im deutschen Reichstag die Verantwortung für diese Massnahmen tragen wollen. Die Bayerische Volkspartei stellt daher, ebenso wie die Deutsche Zentrumspartei die Forderung, dass die notwendigen Massnahmen zur dauernden Gesundung der deutschen Finanzwirtschaft in Reich, Länder und Gemeinden gesichert werden bevor die Entscheidung über das Haager Abkommen fällt, und wird an dieser Forderung unverbrüchlich festhalten.“

Die Folge dieser Stellungnahme ist die Verzögerung der Verabschiedung der Young-Gesetze im Reichsrat und demgemäß auch im Reichstag um mehrere Tage.

In der gestrigen Sitzung der Reichsratsausschüsse, die sich mit den Young-Gesetzen zu befassen hatten, unternahm der Vertreter Bayerns einen Vorstoss, indem er unter Bezugnahme auf die von der Bayerischen Volkspartei bei ihrer Münchener Besprechung geäußerten Wünsche - und wohl auch im Hinblick auf den verspäteten Eingang der Gesetze beim Reichsrat - einen etwas grösseren Spielraum für die Verabschiedung der Gesetze im Reichsrat verlangte. Das Ergebnis dieses Vorstosses war,

dass die Reichsratsausschüsse, die ursprünglich nur den gestrigen Freitag für ihre Arbeit zur Verfügung gehabt hatten für die Beratung des Haager Uebernehmens, der Gesetze über die Reichsbahn und die Reichsbank und des Liquidationsabkommens mit Amerika ausser dem Freitag noch den Sonnabend in Anspruch nehmen. Am Montag und unter Umständen auch noch am Dienstag soll das Liquidationsabkommen mit Polen in den Ausschüssen behandelt werden, so dass erst der Mittwoch (anstatt, wie vorgesehen, der heutige Sonnabend) für die Beratung der Gesetze und das Abkommen in der Vollversammlung des Reichsrates zur Verfügung steht.

Der Reichstag wird unter diesen Umständen anstatt am Mittwoch, erst auf Freitag, 7. Februar, zur ersten Lesung der Young-Gesetze einberufen werden,

die jedenfalls zwei Tage in Anspruch nehmen dürfte. Die vereinigten Ausschüsse des Reichstages für den Reichshaushalt und für auswärtige Angelegenheiten werden erst am Montag, 10. Februar, mit der Beratung des Haager Vertragswerkes beginnen können.

Einfall in eine Konsum-Filiale

Erwerbslose entwendeten 20 Brote - Die Täter festgenommen

In Lichtenberg kam es gestern abend mehrmals zu Ansammlungen von Erwerbslosen. Diese zogen schliesslich in geschlossenem Zuge nach dem Wismarplatz und drangen gewaltsam in die dort befindliche Filiale der Konsumgenossenschaft ein. Bevor noch die Angestellten und die anwesenden Kunden die Jalousien der Schaufensterscheiben und Eingangstür herablassen konnten, hatten bereits die Erwerbslosen aus den dort aufgestapelten Brotvorräten 20 Brote entwendet und waren damit wieder auf die Strasse geflüchtet.

Inzwischen hatte man das Ueberfallkommando alarmiert, dessen Beamte dann die Verfolgung der flüchtigen Demonstranten aufnahmen. Es gelang ihnen, in den Nebenstrassen drei der Täter festzunehmen, die man noch gestern abend der Abteilung I a des Polizeipräsidiums zuführte. Die Polizei hat dann in dem betreffenden Stadtteile mehrmals Schnellpatrouillenwagen in den Abendstunden auf die Strassen fahren lassen und auch Verstärkungen der Strassenstreifen der Schutzpolizei vorgenommen, um weitere gleiche Ueberfälle zu verhüten.

Schupo heute in Alarmbereitschaft

K.P.D.-Demonstrationszüge sollen verhindert werden

Den für heute geplanten kommunistischen Kundgebungen, bei denen von bestimmten Treffpunkten ein geschlossener Marsch nach einem Zentralpunkt stattfinden soll, will die Polizei entgegengetreten, um, nötigenfalls gewaltsam, dem Demonstrationsverbot Geltung zu verschaffen. Das Kommando der Schutzpolizei hat für heute erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet, die Zahl der auf den Polizeiwachen diensttunenden Beamten soll

erhöht werden, auch werden starke Polizeistreifen, zum Teil auf Schnellkraftwagen, eingesetzt werden.

In dem Hause Langestr. 53 tagte gestern abend eine geheime kommunistische Versammlung, die sich mit den Plänen und Anordnungen für die heutigen Demonstrationen befasste. Die Polizei, die hiervon Nachricht erhalten hatte, umstellte das Haus. Alle Versammlungsteilnehmer wurden festgenommen. Insgesamt sind 77 Personen von den Beamten festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht worden. Bei vielen Verhafteten wurden Dolche, Schlagringe und Pistolen gefunden.

Ein neuer Versuch

Heilmann und Stendel wollen wieder verhandeln

Die Frage der Regierungserweiterung in Preussen wird am Dienstag noch einmal Gegenstand einer Aussprache zwischen dem Abg. Heilmann (Soz.) und dem Abg. Stendel (D.V.p.) sein. In parlamentarischen Kreisen erwartet man aber von dieser Unterredung keine Aenderung der gegenwärtigen Lage.

Mit der Berufung Grimmes zum preussischen Kultusminister werden sich, obwohl der preussische Ministerpräsident Dr. Braun es unterlassen hat, die Parteien vorher über seine Absicht zu unterrichten, die Regierungsparteien, insbesondere das Zentrum, als mit einer nun einmal geschaffenen Tatsache abfinden.

Reichsbahn und Kraftwagenverkehr. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft veröffentlicht über das Problem Reichsbahn- und Kraftwagenverkehr eine Dankschrift. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass zum Schutze der Eisenbahnen und der Allgemeinheit (?) jede Kraftwagenleistung gegen Entgelt im weiteren Ueberbauverkehr einer Konzessionspflicht unterworfen werden müsste.

Arbeitsscheue „Jungpioniere“

Klagen der Sowjet-Presse

MOSKAU, 31. Januar. (Ost-Express).

In der kommunistischen Presse finden sich neuerdings scharfe Angriffe gegen die kommunistische Jugendorganisation (Komsomol). Es wird ihr vorgeworfen, dass sie ihren Mitgliedern nicht die notwendige Parteidisziplin beigebracht habe, was sich jetzt besonders bei denjenigen Jungkommunisten in sehr unliebsamer Weise zeige, die für Verwendung an der Arbeitsfront „mobilisiert“ worden sind.

So werde beispielsweise aus den Kohlenbergwerken bei Stalin (früher Jasowka) gemeldet, dass die dahin abkommandierten Jungpioniere „massenweise desertieren“. Aus einigen Schächten sind mehr als 70 Prozent fortgegangen. Es fällt dies um so mehr ins Gewicht, als die Jungpioniere auch beispielgebend wirken sollen. Aus Sowjetweissrussland liegen ebenfalls Meldungen über derartige „Desertion“ vor:

von 2750 Jungkommunisten, die zu Waldarbeiten aufgerufen waren, erschienen überhaupt nur 500.

In zwei Bezirken war überhaupt kein einziges Mitglied des Komsomol zur Arbeit angetreten. Im Bezirk Witebsk weigerte sich eine Anzahl von Jungpionieren, nicht nur die ihnen zugewiesene Arbeit im Walde zu übernehmen, sondern im Verlauf der daran anknapfenden Streitigkeiten wollten sie auch ihre Mitgliedskarten zurückgeben, 4 h. zum Zeichen des Protestes aus dem Komsomol austreten. Dieser Austritt wurde indessen nicht angenommen, sondern der Beschluss gefasst, widerspenstige Mitglieder strafweise auszuschliessen.

Allerdings sieht sich die Sowjetpresse genötigt, den unlustigen Jungpionieren in manchen Fällen mildernde Umstände zuzubilligen. In manchen Kohlengruben haben die Verwaltungen sich um die eingetroffenen und zunächst arbeitswilligen Jungkommunisten überhaupt nicht gekümmert. Später wurden ihnen dann eine ganz unzureichende Unterkunft und Verpflegung zugewiesen und auch die Behandlung, die sie erfuhren, soll in einigen Fällen „nichswürdig“ gewesen sein.